

ALLE NACH BERLIN!

Ende November wird im Bundestag über den Haushalt für 2024 und die Finanzplanungen für die nächsten Jahre abgestimmt. Die Ampelkoalition will viel mehr Geld für die Bundeswehr ausgeben als bisher. Sie plant auch, dass diese Ausgaben von Jahr zu Jahr weiter steigen sollen.

Schon im kommenden Haushalt wird dafür z.B. im Bildungs- und Sozialbereich oder in der Krisenprävention so viel eingespart, dass viele hilfreiche, wichtige und dringend nötige staatliche Leistungen kaputt geschrumpft werden. Krankenhäuser müssen in die Insolvenz gehen und schließen. Schulen, Turnhallen und öffentlicher Nahverkehr usw. verkommen mangels Reparaturen.

Währenddessen betreiben SPD/FDP/GRÜNE mit voller Unterstützung von CDU/CSU eine militärische Außenpolitik. Sie stellen sich nicht nur gegen eine diplomatische Lösung für die vom Krieg geplagte Bevölkerung der Ukraine. Sie stehen auch „bedingungslos“ an die Seite Israels, trotz deren Bombardierung der Bevölkerung im Gazastreifen.

Waffenlieferungen, Hochrüstung und Wirtschaftskriege bestimmen heutzutage die Außenpolitik. Dafür sollen die Menschen „wehrhaft“ und „kriegsfähig“ werden. So eine Militarisierung der Gesellschaft durch Regierende in Berlin haben wir schon zwei mal gesehen. 1914 und 1939 führte sie Deutschland geradewegs in große Kriege.

Es ist höchste Zeit, solchen Politikern in den Arm zu fallen!

Fahrt zur Friedensdemonstration nach Berlin.

Informationen unter www.nie-wieder-krieg.org



Demonstration am 25.11. in Berlin

NEIN
zu Kriegen

Auftaktkundgebung 13 Uhr, Brandenburger Tor (Westseite)

Wieviel weniger geht noch?



Bildquelle: Quelle Arno Neuber / IMI

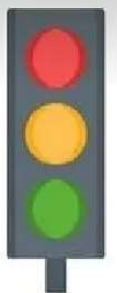
Finanzminister Lindner von der FDP hatte es bereits angekündigt: Wenn mehr Geld für die Bundeswehr ausgegeben wird, muss an anderer Stelle gespart werden. Und die Ausgaben, für die es keine gesetzliche Pflicht gibt, die finden sich fast alle im Gesundheits-, Sozial- und Bildungsbereich.

Vor einigen Jahren wurde mit der Stimmenmehrheit im Bundestag die „Schuldenbremse“ in das Grundgesetz geschrieben. Deshalb sagt die heutige Bundesregierung, dass man sich entscheiden muss, ob mehr Geld ins Militär fließt oder in Soziales, Bildung und Gesundheit.

Im Entwurf für den Bundeshaushalt 2024 werden jetzt viel zu niedrige Ausgaben z.B. für die Kindergrundsicherung angesetzt. Und für andere Sachen werden die eh schon geringen Gelder auch noch zusammengestrichen.

Hier finden Sie eine kleine Auswahl wo in diesem Haushalt überall gekürzt werden soll:

Zeitenwende



Die geplanten Kürzungen der Ampelregierung:

Bundesfreiwilligendienste	-26%	Wohngeld	-16%
Bafög	-24%	Freie Jugendhilfe	-19%
Müttergenesungswerk	-93%	Familienferienstätten	-93%
Bundeszentrale für politische Bildung	-21%	THW	-10%
Umsetzung UN-Behindertenkonvention	-13%		
Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe	-23%		
Maßnahmen gegen sexuelle Gewalt an Kindern	-44%		
Bundesnaturschutzfonds	-9%		
Beauftragte für Migration	-20%		
Humanitäre Hilfe und Krisenprävention	-34%		
Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte	-77%		

Auch für humanitäre Hilfe und Krisenprävention gibt es weniger

Wie viel weniger geht noch?

Das haben wir in unserem letzten Flugblatt gefragt. Denn Finanzminister Lindner von der FDP hatte es bereits angekündigt: Wenn mehr Geld für die Bundeswehr ausgegeben wird, muss an anderer Stelle gespart werden. Die vorgesehenen Kürzungen finden sich fast alle im Gesundheits-, Sozial- und Bildungsbereich. Das betrifft aber nicht nur die Menschen, die in Deutschland leben, auch die Mittel für „humanitäre Hilfe und Krisenprävention“ stehen auf dieser Liste. 34% sollen dort eingespart werden.

Was ist diese „humanitäre Hilfe und Krisenprävention“?

Daraus fließen Beiträge in so unterschiedliche Bereiche wie:

die Hilfsorganisationen der UNO;

die Hilfe in Katastrophengebieten;

die Unterstützung von Flüchtlingslagern;

den Bau und den Betrieb von Notunterkünften,

Schulen, Gesundheitszentren;

Straßen und andere Infrastruktur.

Und das sind nur einige wenige Bereiche, wo weltweit Hilfe zum Wohle von Menschen nötig sind.

Die Bundesregierung hatte im Koalitionsvertrag festgelegt:

wenn die Militärausgaben steigen, soll im gleichen Maß auch das Ministerium für Entwicklungshilfe mehr Geld bekommen.

Stattdessen wird auch dort jetzt im großen Stil gekürzt, wie das Beispiel oben zeigt.

Schäm' dich, Deutschland!

**Deine Regierung setzt alles dran, das Land zur
militärischen Großmacht zu machen.**

**Dass Frieden und soziale Gerechtigkeit dabei
zur hohlen Phrase werden, das juckt sie nicht.**